Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Raths der Stadt Leipzig.

Auflage 9200.

Abonnementspreis
Vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Ngr.,
incl. Bringerlohn 1 Thlr. 10 Ngr.

Jede einzelne Nummer 2½ Ngr.
Gebühren f. Extrabeilagen 12 ₰

Inserate
die Spaltzeile 1¼ Ngr.
Reclamen unter d. Redactionsstrich
die Spaltzeile 2 Ngr.

Filiale
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Local-Comptoir Hainstraße 21.

...scheint täglich
...6½ Uhr.
...n und Expedition
...hgasse 4/5.
...Redacteur Fr. Hüttner.
...Stunde d. Redaction
...von 11—12 Uhr
...von 4—5 Uhr.
...der für die nächst-
...Nummer bestimmten
...in den Wochentagen
...vor Nachmittags.

317. Montag den 13. November. 1871.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

...g den 14. Nov. Abends 6 Uhr in ihrem Sitzungslocale Neumarkt 19, I.

Tagesordnung:

1) Registrande.
2) **Wahl eines Mitgliedes** an Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Herrn Stadtrath Bering.
3) Feststellung des gutachtlichen Theiles des **Jahresberichts für 1869 und 1870.**
4) Feststellung des **Haushaltplans der Börse** für 1871/72 und Beschluß wegen **Erhebung eines Steuerzuschlags für 1872.**
5) Anderweiter Ausschußbericht über die Frage der Errichtung einer **Postfiliale in der inneren Stadt.**

Bekanntmachung.

...Vermiethung des am 7. dies. Mon. versteigerten Commungrundstückes Ranstädter Steinweg ...für das im Termine gethanene Höchstgebot erfolgt und es werden in Gemäßheit der Ver...bedingungen die übrigen Bieter hiermit ihrer Gebote entlassen.

...g, den 10. November 1871.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. Cerutti.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Locale bleiben

Mittwoch den 15. November

die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse ausgesetzt.

Leipzig, den 12. November 1871.

Die Raths-Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Bauplatz-Versteigerung.

Der dem hiesigen Georgenhause gehörige, an der **äußeren Gustav-Adolph-Straße** neben dem Hauszgrundstücke Nr. 20 gelegene **Bauplatz**, Parzelle Nr. 11 des Parzellirungsplanes für das städtische Areal an der Waldstraße und deren Seitenstraßen, von **3290 □Ellen** Flächeninhalt soll **versteigert** werden und beraumen wir hierzu Termin an Rathsstelle auf

Donnerstag, den 23. dieses Mon., Vormittags 11 Uhr

an. Die Versteigerung wird pünctlich zur angegebenen Stunde beginnen und, sobald ein weiteres Gebot nicht mehr erfolgt, geschlossen werden.

Die Versteigerungsbedingungen und der Parzellirungsplan liegen in unserem Bauamte zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 4. November 1871.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. Cerutti.

Ausstand in Chemnitz.

...n, 12. November. Die große Arbeits...ung, zu welcher etwa 6000 Maschinen...Chemnitz sich verführen ließen, hat nun ...Wochen angedauert. Bis zum 10. No...ern zur Unterstützung der Aussteher im ...00 Thlr. eingekommen, eine schrecklich kleine ...so viele Tausende, von denen wahr...mehrere auch Familie haben. Trotzdem ...„Chemnitzer Freie Presse" zur Fort...heiligen Kampfes an, bis „das Capi...besiegt" sein werde. Die Arbeiter ...allmälig ein, welches Heil ihnen von den ...ischen Schwätzern kommen kann, die ...des rechtschaffenen Arbeiters angenehme ...durch Deutschland machen, überall ab...Redensarten ableiern und dabei recht ...leben sich angelegen sein lassen; ja ...ob selbst das sogenannte „Central...seit einigen Tagen sich von den Be...und Absichten der socialdemokratischen ...losgesagt habe. Denn nur so ...die Thatsache, daß am 8. November ...durch in Chemnitz ein Schreiben ein...welchem im Namen der dortigen Ma...und Gießer das sogenannte Central...unterzeichnet Fr. Hußmann, den Stadt...bat, die Vermittelung zwischen den ...und Arbeitern in die Hand zu neh...zu Anbahnung eines Ausgleichs eine ...anzuberaumen, welche aus Mitgliedern ...sowie aus Arbeitgebern, die der ...Beschickung der Conferenz veranlassen ...aus Vertrauensmännern der Arbeiter ...gesetzt werden sollte. Begründet wurde ...durch den „Hinweis auf den Schaden, ...die Arbeitseinstellung nicht allein den ...und den Arbeitern, sondern der ge...Einwohnerschaft der Stadt und des Landes ...durch den Hinweis auf die Forderungen, ...den Arbeitern so billig und gering...sitzend bei ähnlichen Gelegenheiten ...dennoch aber von den Arbeitgebern nicht ...worden seien, und endlich durch den ...auf, daß der Streit am leichtesten ...von Dritten veranlaßte Besprechung ...handlung beigelegt werden dürfte." Bei ...folgenden eingehenden Discussion, an ...sämmtliche Rathsmitglieder sich be...wurde nun zwar die Zulässigkeit einer ...durch den Rath an sich nicht in ..., aber auch allseitig darauf hin...eine unerläßliche Bedingung derselben ...beide streitende Parteien die Ver...des Stadtrathes wünschten. So lange ...nur von der einen Seite angerufen ...für den Stadtrath die Möglichkeit, in ...einzugreifen, nicht vor, vielmehr habe der ...bisher eingehaltene neutrale Stellung ...zu bewahren, während er aus derselben ...würde, sobald er auf einseitigen An...hin zu Ausgleichung des Streites ...wolle. Wie schon früher bei ähnlichen ...gen geschehen, müsse auch jetzt der ...Eingehen auf einseitige Wünsche zurück...und zwar hier um so mehr, als der Stand ...heit voraussehen lasse, daß durch ...des Raths der natürliche Verlauf der ...und seiner Bahn gelenkt und der Con...er verschärft und bez. verlängert ...glichen werden würde. Zudem wurde ...daß der Mangel jeder Legitimation ...Central-Comités, Namens der Arbeiter ...auch ein formelles Hinderniß bieten ...den Antrag einzugehen. Das Collegium ...darauf zu dem Beschluß: dem Fr. Huß...mitzutheilen, daß der Stadtrath ein Central...und dessen Befugnisse nicht kenne, und daß ...seinen in der Sache bisher beobachte...Standpunct auf einseitigen Antrag ...Arbeiter nicht verlassen könne.

...„Central-Comité", so scheinen auch die Arbeiter selbst die Erfolglosigkeit ihres Ausstandes immer mehr einzusehen. Die Anmeldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit waren am 11. November geradezu massenhaft. So meldeten sich in der „Sächsischen Maschinenfabrik," wo am Morgen schon 740 Arbeiter thätig waren, im Laufe des Tages noch 636 zum Wiedereintritt in die Fabrik, so daß am Montag sicherlich wenigstens 1400 Mann dort arbeiten werden. Wenn in den andern Fabriken sich Aehnliches vollzieht, dann ist der „Strike" thatsächlich zu Ende. Die verhältnißmäßig schnelle Rückkehr der Arbeiter zu ihrer früheren Thätigkeit ist wohl wesentlich mit durch die schon erwähnte Geringfügigkeit der den Feiernden zugeflossenen Unterstützungen veranlaßt worden. Kaum der zehnte Theil der Aussteher erhielt eine einmalige ärmliche Unterstützung, und die kolossalen Beisteuern, welche die allezeit mundfertigen Demagogen in Aussicht gestellt hatten, erweisen sich als elende Lügen. Das „Chemnitzer Tageblatt" berichtet unter dem 11. November: „Unter die strikenden Arbeiter wurden am heutigen Tage die eingelaufenen Unterstützungsgelder vertheilt. Nur an diejenigen, welche am hülfsbedürftigsten erschienen, gelangten pro Mann 20 Ngr. bis 2 Thlr. zur Auszahlung; viele erhielten gar Nichts und infolge dessen hat sich denn auch allgemeine Unzufriedenheit über die parteiische Vertheilung und über die früher gemachten, sich jetzt als falsch erweisenden Versprechungen kundgegeben. Daß hierbei sehr unliebsame Worte gegen den Hauptagitator Most gefallen sind, erscheint wohl ganz natürlich. Der größte Theil der Arbeiter soll entschlossen sein, die Arbeit am nächsten Montag wieder aufzunehmen; sie lernen eben einsehen, daß sie schmählich verführt wurden."

Ueberhaupt scheint der Nimbus des Herrn Most, wenigstens in Chemnitz, allmälig zu erbleichen. Am 10. wurde dieser nicht mehr arbeiten wollende Buchbinder aus einer Restauration in Chemnitz gewaltsam durch mehrere Bürger entfernt, weil er Tags zuvor das deutsche Heer in gröblichster Weise geschmäht und geschimpft hatte!

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 11. November.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Delbrück, Camphausen, v. Pfretzschner, v. Mittnacht, Dr. Kirchenpaur, Geh. Ober-Finanzrath Meinecke u. A.

Tagesordnung: I. Beantwortung der folgenden Interpellation des Abg. Richter und Genossen: „Ich ersuche den Herrn Reichskanzler um Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten für den Erlaß eines Gesetzes über den Betrieb des Apothekergewerbes und eines Gesetzes über die gewerblichen Hülfscassen."

Abg. Richter weist zur Begründung seiner Interpellation darauf hin, daß er auf seine gleiche Anfrage bei der Berathung des Etats in der 16. Sitzung von dem Bundescommissar keine Auskunft erhalten habe.

Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Delbrück: In Bezug auf das Gesetz wegen Regelung der Rechtsverhältnisse des Apothekergewerbes schweben seit längerer Zeit Verhandlungen. Diese Rechtsverhältnisse seien aber im Reiche sehr verschieden und dadurch würden den Verhandlungen Schwierigkeiten bereitet; nichts desto weniger sei man jedoch bemüht, die Sache ihrem Ziel entgegenzuführen. Wegen der gewerblichen Hülfscassen sei bereits im vorigen Jahre eine Vorlage dem Bundesrathe gemacht, die nunmehr auch binnen Kurzem zur Berathung gelangen werde.

II. Erste Berathung über den Gesetz-Entwurf, betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen.

Discussion:

Staatsminister Delbrück: In wenigen Wochen trete in ganz Deutschland ein ganz gleiches Maaß- und Gewichtssystem in Wirksamkeit und es sei deshalb nothwendig, für die Einführung eines gleichen Münzsystems einen entscheidenden Schritt zu thun. Redner giebt einen historischen Rückblick auf die bisherigen Bestrebungen nach dieser Richtung in Deutschland, auf die abgeschlossenen Münzconventionen, welche der Goldmünze gar nicht gedenken. Im Jahre 1856 sei von Oesterreich die Annahme der Goldwährung befürwortet, allein die deutschen Staaten des Zollvereins trugen Bedenken darauf einzugehen und auch in der Convention vom Jahre 1857 wurde die Silberwährung beibehalten. Die durch diese Convention geschaffene Goldkrone habe nie eine Bedeutung erlangt und sei daher auch bald wieder aus dem Verkehr verschwunden, weil sie sich in ihrem Werthe zu Münzen der Silberwährung überaus unbequem verhielt. Man habe also ein Auskunftsmittel in dem Papiergeld suchen müssen und dieses Surrogat der Aushülfe habe in Deutschland eine bedenkliche Ausdehnung genommen. Die Verhandlungen in den Jahren 1865 bis 1867 in Paris, wegen Herstellung einer internationalen Goldwährung hätten sich zerschlagen, weil die Macht der Verhältnisse sich stärker zeigte, als der damalige ideale Zug. Für die deutschen Staaten trat bei Gründung des Norddeutschen Bundes das Bedürfniß hervor, eine einheitliche Goldmünze herzustellen und der Bundesrath veranstaltete deshalb im vorigen Jahre eine Enquête, zu der auch die süddeutschen Staaten herangezogen wurden. Die inzwischen eingetretenen Verhältnisse haben die Ausführung des Unternehmens verhindert und es habe sich die öffentliche Meinung inzwischen so weit geklärt, daß die verbündeten Regierungen geglaubt haben, auch ohne Enquête vorgehen zu können. Sie seien der Ueberzeugung, daß die Frage nicht zu lösen sei durch den Anschluß an eine bereits bestehende Goldmünze, daß sie vielmehr nur zu lösen sei durch Schöpfung einer nationalen Goldmünze. Der Anschluß in ein anderes System wäre nur zu erkaufen gewesen durch Aufgeben des Fundamental-Grundsatzes, daß die Regierungen verpflichtet seien, nur vollwichtige Münzen umlaufen zu lassen. Dies habe die verbündeten Regierungen dahin geführt, ein selbstständiges, ein nationales System vorzuschlagen und sie hofften, daß der Reichstag dasselbe acceptiren werde.

Abgeordneter Dr. Bamberger geht ausführlich auf eine Erörterung der verschiedenen Münzsysteme ein und führt demnächst aus, daß wir geradezu darauf losteuern könnten, auf unsern eigenen Füßen die Goldwährung einzuführen, die ein unleugbares Bedürfniß sei. Die Vorlage bezeichne sich zwar sehr einfach als ein Gesetz-Entwurf, betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, man dürfe aber nicht verkennen, daß derselbe nur die Vorfrage wegen Regenerirung des ganzen Münzsystems sei, und deshalb habe man dieselbe heute virtuell mitzuberathen. Er sei vollständig mit der Vorlage einverstanden und der Ansicht, daß die Festsetzung, welche die Reichsregierung in dem Entwurfe getroffen, vollständig zu rechtfertigen sei. Er wünsche deshalb, daß an der Vorlage so wenig als möglich geändert werde. Zur Einführung des Goldsystems und der Goldwährung sei man gegenwärtig namentlich um deswillen in der Lage, weil durch die Kriegsentschädigungen aus Frankreich bedeutende Quantitäten Gold nach Deutschland gekommen seien. Es sei aber auch nothwendig, schon jetzt den Gesichtspunct ins Auge zu fassen, was mit der bedeutenden Menge von Silbergeld, welches gegenwärtig im Umlauf sei — circa 400 Millionen Thaler — geschehen sollte, welches das Loch sei, durch welches man dieses Silber los werde. Ins Meer könne man es nicht werfen, denn dazu seien wir nicht reich genug. Es sei deshalb nöthig, daß die Reichsregierung jetzt schon darauf Bedacht nehme, das Silbergeld nach und nach einzuziehen und einzuschmelzen und das Plus, welches sich dadurch an Unkosten ergebe, auf die Schultern des Reiches zu übernehmen. — Ueber die Bestimmung, daß den Fürsten gestattet sein solle, ihr Bildniß auf die Münzen zu setzen, wolle er gar nicht sprechen, denn es möge manchen Fürsten darauf ankommen, ihren Kopf zu erhalten (Heiterkeit). An dieser Bestimmung meine er, werde das Gesetz nicht scheitern. Wenn er die Stimmung dieser Versammlung richtig erkenne, so werde Niemand gegen die Vorlage sein. Allein fraglich werde die Frage sein: ob Mark oder Gulden. Wie aber auch über diese Frage beschlossen werden möge, so glaube er, daß der Reform dadurch kein Schaden zugefügt werde (Beifall).

Bundescommissar Staatsminister Camphausen: Es gewähre ihm große Freude, daß je mehr man sich in der Frage bewege, die Ueberzeugung immer mehr Platz gewinne, daß der große Wurf, welchen man unternehmen wolle, gelingen werde. Daß der Finanzminister, wenn er die Münze einziehe, die umgeprägten Münzen nicht lagern lassen, sondern so schleunig als möglich umgeprägt zur Ausgabe bringen werde, sei selbstverständlich. Unser Verkehr beweist, daß unsere großen Geldinstitute, unsere deutschen Banken schon jetzt darauf Bedacht genommen haben, von der Silberwährung zur Goldwährung überzugehen, und die Lösung der Frage des Herrn Vorredners: Wohin mit dem Silber? hat bereits jetzt begonnen. In der günstigen Lage, in der Deutschland sich gegenwärtig befindet, wird die Durchführung des Gesetzes leicht. Denn es ist Thatsache, daß die Goldmünzen, welche gegenwärtig in Deutschland in Geltung sind, nach dem Auslande schwer unterzubringen sind. Das vorhandene Geld sei auch dazu benutzt, die Lasten des Reiches zu vermindern, denn er könne dem Vorredner mittheilen, daß die Casse des deutschen Reiches schon für 3,600,000 Pfund Sterling Schatzanweisungen eingelöst habe (Beifall) und dies solle nicht allein dazu beitragen, die Lasten des Reiches zu vermindern, sondern auch den Ausgleichungsproceß langsam vor sich gehen zu lassen. Er sei nun auch der Ansicht, daß alle Regierungen darauf Bedacht nehmen müßten, mit der Einschmelzung von Silbergeld so schnell wie möglich vorzugehen; der Vorredner werde aber auch zugeben, daß es Sache jedes einzelnen Staates sein werde, die Münzen, welche von ihm in Circulation gesetzt seien, auch aus der Circulation herauszuziehen. Es könne aber keinem Zweifel unterliegen, daß das Ausprägen von Silbermünzen zu sistiren sei. (Beifall.) Ein absolutes Verbot zu erlassen, sei nicht anzurathen gewesen; Siegesthaler seien noch nicht ausgeprägt und ein Verbot z. B. würde auch die Ausprägung der Siegesthaler verhindern. Was nun das System anlange, so erhalte das Mark-System dem Süden seine Gulden vollständig. Was die Details anbetreffe, so werden dieselben bei der Detailberathung zur Sprache kommen. (Beifall.)

Abg. Dr. Gerstner (Würzburg) bekämpft die Vorlage, von der er ausführt, daß sie auf einem ganz veralteten Standpunct stehe. Er hebt hervor, daß man übersehen habe, nach der Einführung einer neuen Goldmünze auch die Ausführung einer neuen Silbermünze vorzubereiten, denn wenn man jetzt das Werthverhältniß der Goldmünzen zu den Silbermünzen feststelle, so sei es nicht schwer, eine Scheidemünze auszuprägen. So aber sei man genöthigt ein neues Münzsystem mit alten Münzen zu erlernen. Die Mark entspreche nicht den Erfordernissen einer entsprechenden Werthgröße, sie sei ein zu schwieriges System für Süddeutschland. Er irre nicht, wenn er behaupte, Süddeutschland sei bereit, die größten Opfer für das Ideal einer Münzeinheit zu bringen, aber er sehe nicht ein, wie man mit diesem Entwurfe die Münzeinheit erreichen wolle. Mit einer alten Münze könne man keine Propaganda machen für einen so großen Schritt, wie eine Münzreform sei. In dem Entwurfe spuke auch eine Mehrheit von Münzhoheiten, und kein anderes Gebiet erfordere so sehr die Einheit wie gerade die Münze.